

Initiative gegen den Demokratienotstand

„Demokratie stärken – Gemeinwohl schützen!“ (Arbeitstitel)

Hintergrund

Mit dem Stuttgart21-Widerstand, der Anti-Atom-Bewegung und dem Berliner Volksentscheid zur Wasserprivatisierung erleben wir derzeit eine enorme Mobilisierung und öffentliche Aufmerksamkeit für basisdemokratische Proteste. Die eigentlichen Anlässe mögen konkret und eingrenzbar sein – wir glauben aber, dass sie zugleich Stellvertreterfunktionen für die latent vorhandene Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit zahlreichen weiteren politischen Entwicklungen einnehmen. So stimmen (laut ARD DeutschlandTrend Oktober 2010) 80 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, dass wichtige Entscheidungen in der Politik getroffen würden, ohne dass die Interessen der Menschen wirklich Berücksichtigung finden¹. Auch in etlichen Medienkommentaren zu den Protesten werden Fragen des Demokratiedefizits politischer Entscheidungen diskutiert.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik in den Parlamenten hat ihren Grund. Zahlreiche politische Prozesse offenbaren bei näherem Hinsehen erschütternde Ähnlichkeiten:

- Politische Entscheidungsträger unterstützen ganz klar bestimmte Interessengruppe, indem sie lukrative Großprojekte und Gesetzesänderungen durchsetzen, die mitunter sogar den offiziell verkündeten politischen Zielen widersprechen (z.B. Stuttgart 21, Atomlaufzeitverlängerung, Kürzungspaket, Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Rohstoffstrategie ...);
- Dringend notwendige Korrekturen und Vorschläge fallen dem Lobbyismus, der Klüngerlei oder dem Drehtüreffekt zum Opfer (s. Gesundheitsreform, Finanztransaktionssteuer, Bekämpfung von Steuerflucht, ...);
- Proteste und Kritik werden mit bemerkenswerter Ignoranz übergangen oder weggebügelt, selbst wenn eine Bevölkerungsmehrheit dahinter steht (s. Merkel-Werbeanzeige vom 17.11.10, Polizeieinsatz in Stuttgart am 30.9.10, Top-Down-Kampagne pro Bahnprivatisierung, ...).

Diese Prozesse und Ergebnisse politischer Entscheidungen, die zudem unabhängig von den Farben der herrschenden Regierung zu beobachten sind, weisen auf eine schwerwiegende Entdemokratisierung unseres politischen Systems hin². Die Strukturen unserer parlamentarischen Demokratie selbst gehören auf den Prüfstand. Wir brauchen Reformen, die den diagnostizierten Notstand des Demokratischen auf Dauer beseitigen helfen.

Ansatz

Das Attac Bankentribunal im April 2010 hat nicht zuletzt aufgezeigt, mit welcher Machtfülle die Akteure und Institutionen der Finanzbranche die wirtschaftlichen und politischen Prozesse in Deutschland (und weltweit) mitgestalten. Die Vorgänge rund um Stuttgart 21, dem Ausstieg aus dem Atomausstieg und um zahlreiche Privatisierungsprojekte belegen, dass auch andere Branchen und Interessengruppen über maßgeblichen Einfluss verfügen.

¹ <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend1158.html> ; dieser Wert wird in einer Umfrage des Spiegel vom 11.11.10 bestätigt: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728640,00.html>
Laut einer Umfrage der Berliner Zeitung finden mehr als 70 Prozent der Befragten, es gehe hierzulande „eher nicht gerecht“ zu (veröffentlicht am 10.11.10, <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/umfrage-deutsche-verlieren-vertrauen-in-soziale-marktwirtschaft/50192869.html>)

² Soweit es im Grundgesetz geregelt ist: „Sie [die Abgeordneten] sind Vertreter des ganzen Volkes“, Art. 38 Satz 1 GG

Daher gehen wir davon aus, dass zahlreiche außerparlamentarische Organisationen, die zu den unterschiedlichsten Themen arbeiten, vergleichbare Erfahrungen gemacht haben und großes Interesse haben dürften, eine entsprechende Initiative zur Politikreform zu unterstützen.

Der Zeitpunkt für eine solche gemeinsame Initiative erscheint uns günstig: Durch S21 und die Castor-Transporte wird auch das Thema Bürgerproteste und Demokratie breit in den Medien diskutiert. Mit den Landtagswahlen Ende März steht ein Quasi-Referendum über das Projekt Stuttgart 21 vor der Tür, das bundesweit verfolgt wird und als Paradebeispiel für Klüngerlei und Ignoranz der Macht gelten kann.³ Das öffentliche Interesse an einer gemeinsamen Intervention außerparlamentarischer Akteure, die klare und praktisch umsetzbare Forderungen erheben, um ähnliche Fehlentscheidungen in Zukunft leichter verhindern zu helfen, dürfte erheblich sein. Aufgrund des Wahlkampfdrucks wären sowohl Landes- als auch Bundesparteien gezwungen, zu diesen Forderungen Stellung zu beziehen.

Zu diesem Zweck halten wir es für sinnvoll, gemeinsame strukturellerische Forderungen zu formulieren, die als solche keine konkreten politischen Inhalte transportieren. Die teilnehmenden Organisationen würden für die Initiative werben, indem sie deren Notwendigkeit aus den je eigenen Negativ-Erlebnissen (oder sogar Misserfolgen) heraus herleiten und begründen. Auf diese Weise könnten wir sehr unterschiedliche bereits sensibilisierte Zielgruppen gleichzeitig erreichen und den politischen Druck entsprechend vervielfachen.

Diskussionsvorlage für einen gemeinsamen Forderungskatalog

Wir wünschen uns strukturelle Reformen, die Lobbyeinflüsse und Klientelpolitik begrenzen, breite Teilhabe an politischer Entscheidungsfindung fördern und außerparlamentarisches Engagement stärken. Dazu braucht es eine Vielzahl zusammenwirkender praktischer Maßnahmen, die sich unmöglich auf eine überschaubare und leicht kommunizierbare Menge begrenzen lassen. Wir schlagen daher vor, die – jeweils noch abzustimmenden – Reformvorschläge unter drei Slogans zu subsumieren. Bei den folgenden Überschriften und Forderungsbeispielen handelt es sich freilich nur um Vorschläge, die die ungefähre Idee anzeigen sollen.

Schutzmaßnahmen gegen Klientelpolitik!

(bezogen auf ökonom. Macht; Zweck: Krasse Fehlentscheidungen ausschalten)

- Gutachten & Verträge offenlegen
- Lobbyregister einführen
- Keine Lobby-Mitarbeiter in Ministerien
- Keine Ausgliederung von Expertisen und Gesetzentwürfen
- Keine Geschenke; Transparenz von Treffen und Gesprächen
- Kontrolle von Lobbykontakten durch unabhängige Stelle
- ...

Mehr Macht dem Souverän / Das letzte Wort dem Souverän / Mehr Demokratie!

(bezieht sich auf Mitwirkung / Teilhabe an Prozessen; repräsentative Demokratie neujustiert)

- Volksinitiative, -begehren und –entscheid bundesweit (s. mehr Demokratie e.V.)
- Fraktionszwang aufheben

³ Inwieweit sich diese öffentliche Einschätzung auch nach dem nachträglichen Legitimationsversuch durch Schlichtungsverfahren und Geißlers Schlichtungsspruch tragfähig bleibt, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Immerhin hat auch Geißler deutlich auf Demokratiedefizite und –reformbedarf im Umgang mit Großprojekten hingewiesen.

- Abwählbarkeit von Abgeordneten / Regierungsposten
- ...

Basisdemokratisches Engagement stärken!

(Bürgerrechte; außerparlamentarische Bewegung)

- Verbandsklagerecht
- Non-Profit-Medien unterstützen
- Änderungen im Spendenrecht?
- Freiwilliges demokratisches Jahr?

Vorgehen

Die angemahnten Reformen würden substantielle Veränderungen im politischen Geschäft bewirken – entsprechend durchdacht und wohlbegründet sollten sie erarbeitet werden. Unsere Arbeitsgruppe kümmert sich derzeit um Beratung und Expertise, um ein genaueres Bild der Dimensionen wie auch Details des Projekts zu erhalten. Dies geht Hand in Hand mit der Befragung von und Suche nach Bündnispartnern, die die Initiative mittragen und mit ihren eigenen Vorschlägen und Möglichkeiten bereichern wollen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei natürlich den Organisationen Lobbycontrol und mehr Demokratie e.V. zu. Umfang und Intensität der Intervention werden stark von der Anzahl, der Zusammensetzung und dem Engagement der beteiligten Organisationen abhängig sein. Von einer zeitlich geschickt platzierten Resolution über eine Unterschriftenkampagne bis hin zu einer großen Demokratieversammlung und der Ausrufung eines „Jahres des Demokratie“ wurden bereits viele Ideen andiskutiert, deren Umsetzungsmöglichkeiten wir gerne im Kreis interessierter Organisationen besprechen möchten.

Fragen

- Teilt Ihr unsere Analyse? Welche Hinweise kennt Ihr, die die Hypothese des starken öffentlichen Einflusses einer solchen politischen Intervention bestätigen oder abschwächen/widerlegen?
- Habt Ihr Ideen und Hinweise zum strategischen Vorgehen?
- Habt Ihr Ideen und Hinweise zum Forderungskatalog?
- Welche politischen Chancen räumt Ihr einer solchen Initiative ein?
- Wo seht Ihr die größten Reformhindernisse innerhalb des parlamentarischen Systems selbst und in der Gegenwehr gegnerischer Interessengruppen? Welche Mittel könnten dort in Bewegung gesetzt werden, auf die wir gefasst sein müssten?
- Welche Personen und Bündnispartner (und Medien!?) fallen Euch ein, die wir unbedingt ins Boot holen sollten / die sich stark engagieren würden?

Wir freuen uns sehr über ein persönliches Feedback!